

Religion im Reich des Drachen

Anton Weber

Aller Augen sind im Vorfeld der Olympischen Spiele auf China gerichtet. Die verheerende Erdbebenkatastrophe mit zahllosen Toten, Verwundeten und Obdachlosen hat in der ganzen Welt eine Welle der Sympathie und Solidarität hervorgegerufen und wieder gezeigt, wie gerade das Leid die Menschen verbindet. Aber auch in den Wochen davor stand China im Fokus der Weltöffentlichkeit. Damals waren es die Unruhen in Tibet, welche überall spontane Reaktionen verursachten, wo sich die Emotionen, vor allem im Westen, aber zu einem gemeinsamen Ausdruck der Anteilnahme am Schicksal einer Minderheit sammelten. Sie führten schließlich zu heftigen Auseinandersetzungen über die Menschenrechtslage in China, teilweise verbunden mit der Forderung, die Olympischen Spiele zu boykottieren.

Inzwischen ist es zu dem von vielen Seiten, vor allem von westlichen Regierungen, angemahnten Dialog zwischen Vertretern des Dalai-Lama und der Zentralregierung in Peking gekommen. Konkrete Beschlüsse wurden nicht veröffentlicht, es wurde lediglich die Mitteilung gemacht, dass der Dialog weitergehen soll.

Tradition in Tibet

Was an den Unruhen in Tibet auffallend war, ist vor allem die durch Fotomaterial belegte Tatsache, dass eine große Zahl von buddhistischen Mönchen an den Protestaktionen teilgenommen, ja häufig geradezu das Straßenbild bestimmt hat. Es hieß sogar, dass die Mönche die eigent-

lichen Initiatoren der Protestmärsche waren. Eine volle Klärung der letzten Zusammenhänge ist schwer zu erreichen. Es bleibt jedoch die Frage nach der Funktion der Mönche. Warum sind sie nicht in den Klöstern geblieben, um für Frieden, Freiheit und Ordnung zu beten und dadurch ihre Solidarität mit ihrem Volk zu bekunden? Was hat sie auf die Straßen getrieben? Wie ist ihre Rolle im Rahmen der Religionsfreiheit, die ihnen verfassungsgemäß zur Ausübung ihrer Religion zusteht, zu verstehen? Damit verbunden ist zugleich die grundsätzliche Frage: Was heißt Religion in China überhaupt, und wie äußert sich ihr Vollzug?

Im Falle Tibets, das sich aus seiner Tradition zum Buddhismus bekennt, hat sich bei den Anhängern dieser Religion seit der „friedlichen Befreiung“ durch die Truppen Mao Tse-tungs im Jahre 1959 mehr und mehr das Gefühl verstärkt, dass ihre religiöse Tradition und damit ihr kostbarstes kulturelles Erbe bedroht ist. Der Regierung wird der Vorwurf gemacht, im Rahmen einer strikt durchgeführten Erziehungskampagne in den buddhistischen Klöstern das Ziel zu verfolgen, die religiöse Tradition und den ererbten buddhistischen Glauben an den Marxismus chinesischer Prägung anzugleichen. Wer am meisten und deutlichsten auf die Gefahr des Verlustes der eigenen kulturellen und religiösen Identität aufmerksam gemacht hat, ist der Dalai-Lama (der mongolische Titel bedeutet „Ozean des Wissens“). Er ist das religiöse Oberhaupt des tibetischen Lamaismus,

der aus indischen Spätformen in Tibet entstandenen Form des Buddhismus. Nach der chinesischen Besetzung Tibets 1959 floh er nach Indien und lebt seither in Dharamsala im Asyl. Von hier aus hält er engen Kontakt mit den Menschen und Ereignissen in Tibet und versucht, seine Stimme im Interesse Tibets und des Erhalts seiner Kultur in der ganzen Welt hörbar zu machen. Während er früher die Unabhängigkeit Tibets verteidigt hat, beansprucht er heute nur noch eine der religiösen Tradition und Kultur förderliche Autonomie. Im Laufe der Jahre wurden verschiedene Versuche unternommen, mit der chinesischen Regierung ins Gespräch zu kommen und entsprechende Bedingungen für eine solche Autonomie auszuarbeiten. Bisher haben sie zu keinem zufriedenstellenden Ergebnis geführt. Durch die erneute Aufnahme der Gespräche ist es der Regierung in Peking gelungen, vor der Welt „guten Willen“ zur Zusammenarbeit zu zeigen. Sie betonte aber, dass sie nicht auf ausländischen Druck hin, sondern aus eigenem Interesse den Dialog fortführe. Sachlich wird sie weiter wohl hart bleiben und in nichts von dem abweichen, was sie als Bedingungen für die Lösung der Tibetfrage vorausgesetzt hat. Für Partei und Regierung bleibt der Dalai-Lama ein Separatist, ein Wolf im Schafspelz, dem nicht zu trauen ist und der nur so tut, als verzichte er auf die Unabhängigkeit. Für die Tibeter aber, die auf seine Rückkehr nach Tibet hoffen, ist er der religiöse Führer, dem die Autorität über das ganze tibetische Volk zusteht, auch über jene Tibeter, die in anderen chinesischen Provinzen leben.

Chinesische Religionspolitik

Als Religion kommt dem Buddhismus in China wie den übrigen Religionen ein von der kommunistischen Regierung klar umrissener Standort mit einem deutlich definierten und begrenzten Raum der Freiheit zu. Dass es die Religion geben

darf und auch weiterhin geben wird, davon ist inzwischen auch die Kommunistische Partei überzeugt. Letztere hat sich denn auch seit Beginn der Öffnungspolitik in den 1980er-Jahren intensiv mit dem Problem der Religion befasst. Sie ist bemüht, die Religion als einen Faktor, der in der Lage ist, die Massen zu formen und zu aktivieren, ernst zu nehmen. Sie weist der Religion eine Stellung zu, die sie zu einem Teil der sozialistischen Gesellschaftsordnung macht. Darin kommt ihr die Aufgabe zu, unter der Führung der Kommunistischen Partei am Aufbau einer „harmonischen Gesellschaft“ mitzuwirken. Wie sehr die kommunistische Regierung versucht, die Existenz der Religion wahrzunehmen und sie entsprechend einzuordnen, war einer Rede zu entnehmen, welche Wang Zuo'an, der stellvertretende Direktor des Nationalen Büros für Religiöse Angelegenheiten (BRA), 2004 in Berlin auf einem Treffen mit Vertretern der protestantischen und der katholischen Kirche gehalten hat. Das BRA untersteht direkt dem Staatsrat und ist verantwortlich für die Durchführung der staatlichen Religionspolitik in der VR China. In seiner Rede erklärte er den Standpunkt der chinesischen Religionspolitik und wies vor allem auf folgende Punkte hin. *Erstens* besteht Religionsfreiheit, sie ist in der Verfassung festgeschrieben. *Zweitens* ist jede Religion vor dem Gesetz gleich, keine soll Sonderrechte besitzen. Aktivitäten im Rahmen des Gesetzes sind erlaubt. *Drittens* muss die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Religionen und ihrer Organe gewährleistet sein. Dabei müssten die geschichtlichen Zusammenhänge beachtet werden. In China, so seine Ausführungen, seien außer dem Daoismus alle Religionen von außen ins Land gekommen. Der Buddhismus, obwohl auch von außen gekommen, habe sich dem chinesischen Kontext ziemlich angeglichen. Das Christentum sei jedoch mit dem Opiumkrieg

gekommen. Viele Missionare hätten zwar gute Intentionen gehabt, jedoch hätten sie sich schwer von politischen Einflüssen frei halten können. Seit nach der Befreiung die christlichen Religionen unabhängig vom Ausland und unter chinesischer Leitung ihren Glauben leben könnten, entfalteteten sie sich viel schneller.

Bei den Ausführungen von Wang Zuo'an war durchaus zu spüren, dass die kommunistische Regierung eine gewisse Bereitschaft zeigt, im Umgang mit der Religion und den Religionen eine neue Haltung einzunehmen. Dies wurde von Wang Zuo'an auch direkt ausgesprochen: „Die Regierung schaut mit neuen Augen auf die Religion. Sie ist überzeugt, dass die Religion in China bleiben wird. Es kann sogar so weit kommen, dass die KP Chinas verschwindet, die Religion aber bleibt.“ Außerdem betonte er, dass die regierende Partei die Probleme der Religionen durch administrative Maßnahmen nicht lösen könne. Die Religionen hätten ihre eigene Dynamik, aus der sie sich entfalteteten. Die Partei sei auch überzeugt, dass der Religion in der Gesellschaft angesichts des allgemeinen Werteverfalls eine wichtige Rolle zukomme. So sei es durchaus der Religion zu verdanken, dass das Bewusstsein, die Schwachen zu schützen, stark gewachsen sei. Die Rede von Wang Zuo'an mag von taktischen Motiven begleitet gewesen sein, dennoch enthält sie Hinweise auf eine neue Sicht im Umgang mit den Religionen.

Schutz der Verfassung oder Zwangsjacke?

China hat ein reiches religiöses Erbe aufzuweisen. Jedoch sind nur fünf Religionen von der Regierung der VR China als solche anerkannt: der Daoismus, der Buddhismus, der Islam, der Katholizismus und der Protestantismus. Die letzten beiden werden im heutigen China religionspolitisch als zwei verschiedene Religionen angesehen. Diese fünf Religionen er-

freuen sich des Schutzes der Verfassung. In seiner seit 1982 geltenden Fassung heißt es dort in Artikel 36 unter anderem: „Die Bürger der VR China genießen Glaubensfreiheit. Kein Staatsorgan, keine gesellschaftliche Organisation und keine Einzelperson darf Bürger dazu zwingen, sich zu einer Religion zu bekennen oder nicht zu bekennen, noch dürfen sie jene Bürger benachteiligen, die sich zu einer Religion bekennen oder nicht bekennen. Der Staat schützt die normalen religiösen Tätigkeiten. Niemand darf eine Religion dazu benutzen, Aktivitäten durchzuführen, die die öffentliche Ordnung stören, die körperliche Gesundheit von Bürgern schädigen oder das Erziehungssystem des Staates beeinträchtigen. Die Organisationen und Angelegenheiten dürfen von keiner ausländischen Kraft beherrscht werden.“

Diese fünf Religionen unterstehen aber auch den Bestimmungen, welche die Angelegenheiten der Religion regeln. Neben den offiziell registrierten Religionen gibt es in China natürlich noch andere Strömungen, welche sich als Religion definieren, die aber von der Regierung nicht (oder noch nicht, wie zum Beispiel das Judentum) als solche anerkannt sind. So wird Falun Gong, das sich seit 1992 in China als eine Bewegung, die auf der Basis von Qigong-Techniken und Konzentrationsübungen zur Kultivierung von Körper und Geist beiträgt, enorm entfaltet hat, von der Regierung nicht als Religion anerkannt. In kurzer Zeit war Falun Gong zu einer Massenbewegung mit hundert Millionen Mitgliedern angewachsen. Für die Führung der Kommunistischen Partei muss es wie ein Schock gewirkt haben, dass deren Mitgliederzahl die der Kommunistischen Partei bereits überstiegen hatte und dass selbst Parteimitglieder sich der Bewegung angeschlossen hatten. Bis heute ist es Parteimitgliedern immer noch verboten, einer Religion anzugehören. Die Folge war,

dass die Bewegung mit aller Härte verfolgt wurde mit dem Ziel, sie vollständig auszurotten.

Was den Konfuzianismus betrifft, so fällt er nach chinesischem Verständnis nicht unter den Begriff „Religion“. Er gilt als Staats- und Sittenlehre und hat als solche über Jahrhunderte das Denken und Leben der Menschen bestimmt. Seine einzigartige Stellung in der chinesischen Kulturgeschichte geht bis auf die Handynastie (206 vor Christus bis 220 nach Christus) zurück. Während einer Zeit der Krise in der Song-Dynastie (960 bis 1271) hat der Begründer des sogenannten Neukonfuzianismus, Zhu Xi, versucht, daoistisches und buddhistisches (Zen) Gedankengut in den Konfuzianismus zu integrieren. Damit gelang es ihm, den Konfuzianismus aus der Krise zu retten und zu neuer Attraktivität zu führen. Heute erfreut sich der Konfuzianismus als Erbe der chinesischen Kultur und als geistige Orientierung auch für ein postmodernes Zeitalter erneut großer Beliebtheit.

Grenzen religiöser Freiheit

Es würde den Rahmen dieses Artikels sprengen, auf die einzelnen Religionen näher einzugehen. Es kann vielmehr nur darum gehen, auf die Eckpunkte hinzuweisen, welche den Standort der Religion, den freien Vollzug ihrer Glaubensinhalte und ihr Verhältnis zum Staat näher bestimmen. Die größere Öffnung und Liberalisierung Chinas in den 1980er-Jahren brachten nach der katastrophalen Situation vor allem während der Kulturrevolution (1966 bis 1976) auch für die Religionen eine politische Lockerung und mehr Freiraum in der religiösen Betätigung. Alle Religionen versuchten, den erweiterten Freiraum für das Wachstum nach innen und außen voll auszunutzen. Die Zahl der Gläubigen vermehrte sich beträchtlich. Im christlichen Bereich weckte das Glaubenszeugnis hoch motivierter Christen bei vielen Menschen, die

Halt und Orientierung suchten, großes Interesse. Der kommunistischen Regierung konnte dieser wachsende Drang der Menschen zur Religion und zum Christentum, vor allem wo er gar die Parteimitglieder erfasste, nicht entgehen. Das Phänomen Religion wurde plötzlich erneut als große Herausforderung wahrgenommen. Als Mittel, der Gefahr eines zu großen Einflusses der Religion auf Kosten der Machtposition der Partei vorzubeugen, lag es nahe, Bestimmungen zu erlassen, welche die Kontrolle verstärkten. Dazu kam die Tendenz, die Kräfte der Religion noch konsequenter unter der Fahne des Patriotismus für die Zwecke des neuen Sozialismus chinesischer Prägung, wie der vom reinen Marxismus leicht abweichende chinesische Sozialismus jetzt genannt wird, zu instrumentalisieren.

So kam es schließlich zu den neuen „Vorschriften für religiöse Angelegenheiten“, die regional teilweise bereits existierten, ab dem 1. März 2005 aber allgemeine Geltung für alle Religionen fanden. Es handelt sich um eine Verordnung, aber nicht um ein Gesetz im strengen Sinn. Im Anschluss an diese Verordnung wurden in den letzten Jahren weitere Vorschriften erlassen, welche die einzelnen Bereiche des religiösen Lebens (Versammlungsstätten, Amtsträger, Ausbildungsstätten und so weiter) im Detail regeln. Ein doppelter Zweck war damit erreicht. Einerseits ist die Ausübung religiöser Betätigungen vor Übergriffen durch korrupte Beamte geschützt, andererseits haben die Behörden nun aber auch eine offizielle Handhabe, um gegen „nicht registrierte“ Gruppen und Individuen, aber auch gegen von diesen vollzogene religiöse Aktivitäten legal vorzugehen. Durch die neuen Bestimmungen beschränkt der Staat den Aktionsradius der Religionsgemeinschaften weitgehend auf den kirchlichen Raum und fordert von ihnen ideologische Unterordnung, insbesondere eine „Anpassung an den Sozialis-

mus“ und „Patriotismus“. Er behält sich eine strenge Kontrolle über die Verwaltung und die Aktivitäten der einzelnen Religionen vor. Alle Kultstätten und alles „religiöse Personal“ müssen amtlich registriert sein.

Massive staatliche Einmischung

Der Staat mischt sich über von ihm errichtete Organisationen (Patriotische Vereinigungen) massiv in die Verwaltung der Gemeinden und Bistümer, die Besetzung von Ämtern, die Ausbildung des leitenden Personals der Klöster und der religiösen Einrichtungen und in viele andere Bereiche ein. Auslandskontakte werden strikt überwacht. Jedoch haben sich bei allen fünf Religionen Gruppen gebildet, welche diese strenge Kontrolle und Bevormundung durch staatliche Organe nicht akzeptieren. Sie lassen sich nicht registrieren und weigern sich, mit dem Staat zusammenzuarbeiten. Sie gelten deshalb als „illegal“ und setzen sich damit der Verfolgung aus. Die Behörden stellen sich zu diesen „illegalen“ Gruppierungen teilweise tolerant und lassen sie so lange gewähren, wie sie keine den Staat gefährdenden Aktionen unternehmen. Mancherorts aber werden sie mit unterschiedlicher Härte verfolgt und unterdrückt. Ihre Versammlungsorte werden als illegale Bauten zerstört, die Organisatoren mit Geldstrafen belegt, oder sie werden unter Einsatz von Gewalt von den Sicherheitsbehörden festgenommen und zu Gefängnisstrafen verurteilt. Die christlichen Kirchen bilden dabei keine Ausnahme. Bei den Katholiken spricht man dabei meist von der sogenannten „Untergrundkirche“, bei den Protestanten von den „Hauskirchen“.

Die Religionspolitik der VR China, die im Verlaufe der vergangenen Jahrzehnte der freien Religionsausübung durchaus

einen weiteren Rahmen gesteckt hat, bleibt aber dennoch weit hinter dem zurück, was international im Rahmen der Menschenrechte unter Religionsfreiheit verstanden wird. Andererseits versucht der Staat aber auch, sich ein objektives Bild von den christlichen Religionen zu machen. An den chinesischen Akademien für Sozialwissenschaften und an einer Reihe von Universitäten gibt es Zentren für Christentumsforschung, wo sich schon seit Jahren ernst zu nehmende Wissenschaftler intensiv mit dem Phänomen des Christentums befassen und ihre Erkenntnisse auch veröffentlichen. Ferner wird die Arbeit der christlichen Kirchen (Religionen) im sozialen Bereich von den staatlichen Behörden mit Interesse verfolgt und befürwortet. Teilweise kommt es sogar zu einer Zusammenarbeit.

Es bleibt zu hoffen, dass die Religionen auch in anderen Bereichen wie etwa im Bereich der Erziehungsarbeit als glaubwürdige Partner beim Aufbau einer „harmonischen Gesellschaft“ mehr und mehr ernst genommen werden. Sie sollten nicht immer Gefahr laufen müssen, verdächtigt zu werden, unter dem Mantel der Religionsausübung subversive und separatistische, teilweise vom Ausland subventionierte Ziele zu verfolgen. Vor allem die katholische Kirche hat aufgrund ihres Konzeptes von der Universalkirche mit dem Papst als oberstem Leiter einen schweren Stand. Wiederholt hat der Heilige Vater betont, dass ihn bei seiner Sorge um die Gläubigen Chinas keine politischen Motive bewegen, sondern dass er lediglich eine pastorale Verantwortung wahrnimmt. Für die Behörden in Peking klingt das jedoch nicht glaubhaft genug. Es fehlt ihnen der Zugang zur spirituellen Dimension der Kirche und wohl auch am nötigen Vertrauen, sich mit dem Papst auf einen offenen Dialog einzulassen.